

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.30 Beleggebühren, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Mehrere Zeilen unter 25 Pfennig je tausend 15 Pfennig. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 66.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Mittwoch, den 19. März 1930.

12. Jahrgang.

Zieht Klugheit deinen Lebenswagen,
Erfreust du dich an guten Tagen;
Doch wird die Liebe ihn bewegen,
Dann schaffst du auch für andre Segen.

Martin Ulbrich.

Wohin steuert Sachsen?

Dresden, den 11. März 1930.

Die Politik des Freistaates Sachsen ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Mitteldeutschland gab vor 10 Jahren den Ton an in der Terrorisierung der Massen, in der Durchführung der einseitigen Parteidoctrinen, die man sich denken kann, heute ist Sachsen sowohl wie Thüringen sozusagen der Exponent der antimarkistischen Bewegung. In Thüringen ist kein Sozialdemokrat mehr in der Regierung, nicht einmal mehr ein Demokrat, in Sachsen trat nach den Wahlen des vergangenen Jahres etwas Ähnliches ein. Die führenden Fronten haben gewechselt, die Linke ist in beiden Ländern in die Minderheit gedrängt. Allerdings nur dadurch, daß sich auf der bürgerlichen Seite sämtliche Parteien von Bedeutung zusammenschlossen und endlich wenigstens in bezug auf die Regierungsbildung, die Zersplitterung des Bürgertums überwinden.

Der Sturz der sächsischen Regierung, der am 18. Februar aus Anlaß der Zustimmung zum Youngplan erfolgte, hat den Freistaat erneut in eine ernste Krise gedrängt. Die Parteien von links und rechts traten plötzlich in einem Maße auf den Plan, wie es nur selten vorher der Fall war. Man ist zur Erkenntnis gekommen, daß es vielleicht um die endgültige Gestaltung des Zukunftsstaates geht, um die endgültige Vorherrschaft zwischen vernünftiger Politik und Radikalismus.

Das Auffälligste nach dem Rücktritt der Regierung war die plötzliche Erklärung der sozialdemokratischen Partei, sie sei bereit, mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei in Verhandlungen einzutreten, zur Bildung der großen Koalition. Zwar ist dieses Wort auch bei früheren Regierungskrisen gefallen, aber es war niemals ernst gemeint. Im Gegenteil, die eigentliche Parole lautete: niemals ein politisches Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien. Und man warf die Sozialisten, die anderer Meinung waren, aus der Fraktion und aus der Partei hinaus. Man näherte den Wahn, einmal wieder eine absolute Linksmehrheit im Lande zu erlangen. Seit dem Jahre, in dem diese durch die Uebertreibungen des Terrors und durch den dadurch erfolgten Gewalteneingriff des Reiches verloren gegangen war, gab es nur ein Hauptziel: Alles Verlorene wiedergewinnen. Und so war es kein Wunder, daß der radikale Charakter der Partei sich nicht änderte, er verschärfte sich in manchen Dingen. Selbst die sozialdemokratische Reichspartei hatte ja häufig genug Veranlassung, mit ihren sächsischen Genossen sehr unzufrieden zu sein.

Aber die folgenden Wahlen ließen immer deutlicher erkennen, wohin die große Mehrheit des Volkes steuerte. Der unberechtigte Jubel, in den die Linke seinerzeit bei der Reichspräsidentenwahl über das große Anwachsen ihrer Wählerschaft verfiel, hielt nur kurze Zeit an. Es war eine Täuschung, weil es bei dieser Wahl um etwas ganz anderes ging, als bei Reichs- und Landtagswahlen. Man bot allerdings weiterhin alle Mittel auf, man wandte die größte Reklame an, um mehr Wähler zu sammeln. Aber es kam eine Grenze, von wo an die Bewegung keine nennenswerten Fortschritte mehr zeigte, der alte Bestand war nicht im geringsten wieder erreicht. Zwar trat die Linke auch nach den Wahlen im letzten Jahre, trotzdem sie damals ganz deutlich die Vergeblichkeit ihrer Anstrengung erkennen konnte, in der Öffentlichkeit noch einmal sehr selbstbewußt auf. Der ganze Gegensatz zwischen Rechts und Links kam noch einmal aufs schroffste zum Ausdruck. Die Presse schilderte die Lage so rosig wie nur möglich und munterte zu neuen Taten auf. Aber diese Taten sind ausgeblieben. Und es trat etwas anderes ein. Die im Mai 1929 gebildete bürgerliche Regierung, die am besten von allen Regierungen arbeitete, erwarb sich in anerkennenswerthem Umfang das Vertrauen des Landes. Die Hälfte der Minister gehörte keiner eigentlichen Partei an, sie fungierten als Fachminister. Auch wer besonders aus weltanschaulichen und auch aus wirtschaftlichen Gründen dieses Kabinett nur als ein Uebergangskabinett zu einem noch weit besseren ansah, konnte ihm doch ein gut Teil Achtung nicht versagen. Tatsache war jedenfalls dieses: Die Massen wandten sich, wenn auch langsam, so doch immer mehr vom reinen Parteiradikalismus ab, sie setzten ihre Hoffnung auf eine stetige ruhige Politik, geführt von

Persönlichkeiten. Wenn in dem bürgerlichen Kabinett in letzter Zeit Unstimmigkeiten ausbrachen, die vor allem durch die schon hier erwähnten Verschleuderungen von Staatsgeldern in gewissen Ressorts bedingt waren, so steht heute bereits fest, daß die Verantwortlichkeit für diese Affäre bei einigen sozialdemokratischen höheren Beamten, die von früher her noch in den Ministerien sitzen, liegt.

Die Abwendung der Massen vom politischen Schlagwort wurde den Sozialdemokraten dann doch endlich immer unerträglich. Und der Regierungsturz im Februar war ihnen eine willkommene Gelegenheit, eine andere Taktik einschlagen zu können. Diese Taktik lief darauf hinaus, nunmehr ganz energisch zu versuchen, in die Regierung hineinzukommen, um von hier aus die Macht zur Geltung zu bringen. Das ist der Beweggrund, der die Sozialdemokraten antrieb, den bürgerlichen Parteien in so auffälliger Weise die Koalition anzubieten. Man beachte: Der radikale Parteigeist soll nicht etwa preisgegeben werden, sondern die Partei will von jetzt ab sozusagen mit Hilfe der nichtsozialistischen Parteien wenigstens einen Teil ihrer radikalen Forderungen in der Regierung verwirklichen.

Diesen Tatsachen gegenüber haben sich die nichtsozialistischen Parteien gefragt: Sollen wir den alten Weg der Ausschaltung der Linken von der Regierung weitergehen und den Radikalismus durch sein Gegenteil, d. h. durch eine vernünftige ruhige Politik ganz von selbst und erfolgreich weiterbekämpfen, oder sollen wir jetzt diesem sächsischen Sozialismus, der im ganzen Reich eine verhängnisvolle Sonderstellung einnimmt und gerade infolge dieser Sonderstellung immer mehr an Anhänger verliert, wieder zu neuem Leben verhelfen, dadurch, daß wir sie regierungsfähig machen? Und weiter: In einer großen Koalition hätte die Sozialdemokratie allein 33 Stimmen, sie besäße also ein sehr starkes Uebergewicht gegenüber den 4 Demokraten und den 13 Volksparteilern. Ganz abgesehen von den unerfüllbaren Bedingungen und der Stellung der wichtigsten Ministerposten und des Ministerpräsidenten seitens der Linken. Die Sozialdemokratie könnte in Wahrheit regieren, und zwar dazu noch jetzt, wo die sächsischen Kommunen durch die Schuld eben dieser Partei zusammenbrechen, wo die darniederliegende Wirtschaft keine sozialistischen Experimente wieder verträgt, durch die sie schon einmal im Jahre 1923 bis an den Rand des Ruins gebracht wurde. Ganz abgesehen von dem Kulturprogramm der Linken, von dem starren Kampf gegen Schule, Kirche und Familie, der allein schon überaus zu denken gibt.

Von dieser Meinung der bürgerlichen Landtagsparteien weicht nur eine einzige ab: Die demokratische Partei. Sie tritt nicht nur jetzt, sondern schon seit langem für die große Koalition ein. Die Demokraten haben in einer bürgerlichen Regierung keinen Einfluß. In einer großen Koalition aber, die ja, wie sie hoffen und vorschlagen, von der Sozialdemokratie, den Demokraten und der Deutschen Volkspartei gebildet werden müßte, würde sie erneut eine sehr große Rolle spielen. Sie verfolgen also etwas Ähnliches wie die Linke, sie möchten ihrer Partei, die dauernd im Rückgang begriffen ist, wieder auf die Beine helfen. Demgegenüber gibt jedoch der Landesverband der deutschen Volkspartei, anstatt auf die Einladung der Sozialdemokraten zu Koalitionsverhandlungen einzugehen, folgende eindeutige Parole aus: Wir entnehmen aus den letzten Wahlen die bindende Verpflichtung, alles daranzusetzen, erneut die Bildung einer von der Sozialdemokratie unabhängigen Regierung in die Wege zu leiten. Sollten diese Versuche ergebnislos bleiben, so wird das politische Schicksal des Landes erneut von dem Willen der Wählerschaft abhängig zu machen sein.

Wenn diesem für das ganze Land schwerwiegenden Entschluß alle bürgerlichen Landtagsparteien (außer Demokraten) zustimmen, so ist das bezeichnend genug für die Situation. Man glaubt sich klar darüber zu sein, daß man die offenen und versteckten Pläne der Linken auf alle Fälle vereiteln müsse, und daß man bei den sächsischen Verhältnissen nicht das sogenannte Erziehungsprinzip anwenden könne, da ja die Massen, wie die Bewegung ganz deutlich zeigt, sich bereits von der Linken abwenden und ihre Hoffnung auf eine gemäßigte gute Regierung setzen. Einer plötzlichen Verbindung dieser Regierung mit dem alten Radikalismus würde das Volk gerade heute kein Verständnis entgegenbringen.

Von bestimmter Seite ist der Präsident des Staatsrechnungshofes, Schick, eine parteipolitisch nicht gebundene Persönlichkeit, die großes Ansehen genießt und der Urheber des großen Sparreformplanes für Sachsen

ist, zum Ministerpräsidenten vorgeschlagen. Alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Nationalsozialisten (aber ausschließlich der Demokraten), haben sich sofort mit seiner Wahl, wenn auch unter gewissen Bedingungen, einverstanden erklärt. In der Tat würde diese Wahl wohl der beste Ausweg sein. Das Volk will Persönlichkeiten an der Spitze seiner Regierung sehen, Männer, zu denen es unbedingtes Vertrauen haben kann. Es wird jetzt zunächst alles auf die Demokraten ankommen, da ohne sie keine bürgerliche Mehrheit erreicht wird. Sie haben sich offiziell gegen ein bürgerliches Kabinett festgelegt. Die zwei altsozialistischen Abgeordneten sind in den letzten Monaten sehr unzuverlässig geworden. Sie haben ihren früheren Anschluß nach der bürgerlichen Seite hin, seitdem ihre übermäßigen Forderungen auf Ministerseßel und dergleichen beschnitten worden sind, stark abgeändert. Auf jeden Fall ist die Möglichkeit einer Landtagsauflösung nunmehr nahegerückt. Es müßte denn sein, daß gerade dieses Gespenst der Landtagsauflösung die Demokraten im letzten Augenblick abschrecke und sie zur Vernunft brächte, endlich für ein Kabinett der Persönlichkeiten einzutreten. Nichts wäre geradliniger als diese Entwicklung: Von der radikalsten Linkenregierung bis zum Kabinett der Persönlichkeiten.

Dr. A.

In ernster Stunde.

Fortsetzung.

Ich kann nicht verlangen, daß sich die Aufwärtsleser meiner früheren Artikel noch erinnern, und wiederhole es daher ausdrücklich, daß ich von jeher keiner Partei angehört habe, es mir jetzt auch nicht auf „Stimmensfang“ ankommt, vielmehr möchte ich den Leser nur mit der Bewegung der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ (N.S.) etwas bekannt machen, soweit ich sie aus deren Schriften kenne. (Ich selbst habe auch nur einer einzigen ihrer Versammlungen und zwar mit Hitler als Redner beigewohnt.) Wenn diese Bewegung so wenig bekannt und so viel verkannt wird, so liegt dieses besonders daran, daß sie von fast allen Parteiblättern und bürgerlichen Tageszeitungen entweder totgeschwiegen, bezw. mehr oder weniger lächerlich gemacht, die Anhänger wohl auch als „Phantasten“ oder „Nadaumacher“ bezeichnet werden. Vielfach bringt die Tagespresse nur dann Berichte von den Versammlungen der N.S., wenn dieselben sich mit Fäusten oder Stuhlbeinen gegen die Angriffe und Versammlungsstörungen, bezw. Sprengungen seitens der Sozialdemokraten und Kommunisten zur Wehr setzen. Die Berichte sind dann häufig so entstellend, daß der friedliche Bürger schließlich herausfährt, es viel leicht auch herauszören soll, daß eben die N.S. die Ruhestörer sind. Zunächst möchte ich auf einige Einwände eingehen, die einem immer wieder begegnen. Zunächst: Hitler sei Ausländer. Er ist tatsächlich als Sohn eines Zöllbeamten in Deutsch-Oesterreich dicht an der deutschen Grenze geboren, hat aber den ganzen Weltkrieg an der Front im deutschen Heer (bayerische Kompanie) mitgemacht, besitzt das E. K. I. und ist mehrfach verwundet worden. Berücksichtigt man ferner, daß Deutsch-Oesterreich längst wieder mit dem Reich der Deutschen vereint wäre, wenn die Feindmächte es nicht verboten hätten. (was alles in der deutschen Regierung geschehen hat, seit der Revolution, will ich nur andeuten,) so ist die Frage, ob Hitler ein Deutscher ist, schon entschieden. Ferner: Die N.S. seien „Botensanbeter“. Dieses ist, wenn nicht Unwissenheit, glatter Unsinn (siehe Punkt 24 des nachstehenden Programms der N.S.). Teilweise ist der Vorwurf wohl hervorgerufen worden, weil die N.S. einmal für kurze Zeit mit den „Bölkischen“ zusammengingen, sich aber sehr bald wieder trennten und seitdem direkt bekämpfen. Im November 1923 aufgelöst und verboten, wurde die Partei 1925 neu gegründet.

Sodann wird öfters gesagt: Die N.S. ist eine Radikal- und Frühlingspartei. Dieses Urteil, wenn es nicht aus Boswilligkeit entstanden ist und nachgesprochen wird, kann leicht entstehen, weil, wie schon gesagt, die Presse im allgemeinen gerade solche Versammlungsberichte und dann noch entstellt bringt, in welchen die N.S. für ihre Versammlungen ihr Hausrecht anwenden muß, was hier und da nötig ist, und wodurch sich manche ängstliche Gemüter leider scheuen, die Versammlungen der N.S. zu besuchen. Diese Fälle sind aber sehr vereinzelt gegenüber der Menge von Versammlungen, die täglich im Reich stattfinden. Auf diesen Punkt komme ich später noch zurück.

Ganz kürzlich wurde mir wieder, wie schon des öfteren gesagt, ja, wenn Hitler 1923 nicht den Fehler mit dem Putz gemacht hätte! Nun angenommen, er habe damals einen Fehler gemacht. Wegen einem Fehler des

Führers kann man doch nicht eine Partei mit ihrem ganzen Programm verurteilen. Man bedenke aber, Mussolini ist der Zug nach Rom gegliedert, er ist heute der „Meister Italiens“. Wäre Hitler der Zug nach Berlin gegliedert (und er wäre wahrscheinlich gegliedert ohne den bayerischen Verrat), ja nun, wer wollte nicht, daß wir seit 1923 einen deutschen Mussolini hätten! Aber es ist einmal so, glückt ein Umsturz, so wird der betreffende Führer schließlich Präsident, glückt er nicht, wird er bestraft.

Und schließlich die oft angeführte Judenfrage. Ein Thema für sich. Da wird meistens ausgetan, als ob Hitler die Absicht hätte, alle Juden aufzuhängen. Ich verweise auf das Programm. Wer will nicht als Deutscher lieber nur von Deutschen, als von Fremden regiert und beherrscht werden? Im übrigen handelt es sich nicht um den Juden als Einzelmensch, sondern um die alljüdische Hochfinanz. Niemals handelt es sich hier um eine Glaubensfrage, sondern um eine Rassenfrage. Wenn viele dabei an das biblische auserwählte Volk mit seiner Verheißung denken, so bin auch ich überzeugt, daß die Verheißung für den gläubigen Juden seine Gültigkeit hat. Ich kann mir nur nicht denken, daß Gott mit den Juden etwas zu schaffen haben will, um den es sich hier handelt, um den internationalen Geldjuden, oder jüdischen Bolschewistenführer, außer es käme ein Gottesgericht in Frage.

In der Hoffnung, daß mir die Schriftleitung soviel Raum zur Verfügung stellt, lasse ich hier erst das volle Programm der N.S. folgen, zumal es nur 25 Punkte sind.

Programm

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei.

Das Programm der Deutschen Arbeiterpartei ist ein Zeitprogramm. Die Führer lehnen es ab, nach Erreichung der im Programm aufgestellten Ziele neue aufzustellen, nur zu dem Zweck, um durch künstlich gesteigerte Unzufriedenheit der Massen das Fortbestehen der Partei zu ermöglichen.

1. Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Groß-Deutschland.

2. Wir fordern die Gleichberechtigung des Deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

3. Wir fordern Land und Boden (Kolonien) zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.

4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremden-Gesetzgebung stehen.

6. Das Recht, über Führung und Gesehe des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf.

Wir bekämpfen die korrumperende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigegensätzen ohne Rücksicht auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeiten der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

10. Erste Pflicht des Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen.

Daher fordern wir:

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Brechung der Zinsknechtschaft.

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden.

Der Riese.

Schluß.

Da turnt aus der Luke heraus der R.-L.-Gast selber an Deck und bringt letzte Funksprüche von einem unbekannten, aber wenig weit entfernten Schiffsfender: Bericht eines Reporters vom „N.-Y.-Herald“ über Leben, Treiben und Sorglosigkeit an Bord. Das Leben amerikanischer Bürger wird kein German Submarine angreifen wagen. Wozu also noch lange üben „Klar bei Rettungsbooten“? Wozu Begleitschiffe? „Wir haben gebeten, von jeder Bewachung abzusehen, fahren wie im Frieden; was schert uns Deutschland?“

Kommandant und W.-O. wechseln einen Blick erkennenden Wissens: Lusitania!

Raum sind die Kraftspeicher aufgeladen, da kommt von Land her ein Fischdampfer auf und drückt U 20 unter Wasser. Von den drei Torpedos, die das Boot noch zur Verfügung hat, lohnt keinem diese kleine Krabbe. Die Erfolge der letzten Tage haben wohl die Tonnanzahl der Beute erhöht, aber auch die Torpedozahl an Bord erheblich vermindert.

Im Begriff, wieder aufzutauchen, warnen Schraubengeräusche aus nächster Nähe. U 20 geht noch tiefer. Die mahlenden Schrauben ziehen über dem Boot weg. Nun sofort auf Sehrohrtiefe. Vorsichtiger Auslug! Aber der alte Kreuzer vom Pelorus-Typ ist schon zu weit ab, um dem Unterwasserangriff Auslug auf Erfolg zu geben.

Doch scheint das Wetter klarer geworden zu sein. Der Kommandant läßt auftauchen. Geht auf den alten Kurs, um durch den Nordkanal die Heimkehr zu erzwingen. Der Treiböl-Vorrat läßt keine lange Spanne Zeit mehr zu weiterem Verbleiben auf Station.

Die Wache wechselt. Man hätte kaum gedacht am Morgen, daß es noch so sonnig würde. Rings über der Kimm steht zwar ein leichter Dunstschleier. Aber die

werden. Wir fordern daher restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits verstaatlichten (Trusts) Betriebe.

14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.

15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.

16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeinwohl schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Lügner, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Erlass für das materialistische Weltbild, das die römische Recht durch ein Deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volkswirtschaftswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erlassen des Staatsgebührens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erlangt werden. Wir fordern die Ausbildung geistig besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Verfall auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Erziehung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Erleichterung mittels geistlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigenden Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den geistlichen Kampf gegen die bemohte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß:

a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,

b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden,

c) jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird und fordern als Strafe für Verletzung der Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den geistlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literatur-Nüchternheit, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen. Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage:

Gemeinnutz vor Eigennutz.

25. Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität

*) Zu diesem Programm hat Adolf Hitler am 13. April 1928 folgende Erklärung verlautbart:

Erklärung.

Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17 des Programms der N.S.D.A.P. von Seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig:

Da die N.S.D.A.P. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung“ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat. Boden, der auf unredelmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundbesitzungsgeellschaften.

München, den 13. April 1928.

gez. Adolf Hitler.

Mittagssonne brennt frei vom Zenith. Reizlos liegt die See, kaum daß hier und dort eine weiße Schaumkrone aufgeschüttet im Ueberflagen. Ein zittriges Glimmern steht über den Wellen.

Plötzlich ebbt das Ried der Motore ab. Die Maschinen stehen. Kaum hat der Kommandant Meldung von dem leidenden Ingenieur über den Grund, da kommt auch schon das Ergebnis des Laufens in der Stille drunten: „Starke Schraubengeräusche aus Südwesten hörbar.“

Kommandos. Die Maschinen gehen von neuem an. U 20 wendet nach Westen. Der Ausguck wird verdoppelt. Fragendes Gespanntsein wandert von Mann zu Mann.

Der Kommandant steht wortlos auf dem Turm des Bootes. Bald schmerzen die Augen vom scharfen Schauen und Suchen. Noch sieht der Blick nicht vor Augen, was das Herz längst ahnt und weiß: der Riese naht. Da draußen auf dem Meer. Und schon reckt sich im Willen und Denken der andere Riese: Pflicht!

U 20 geht auf Sehrohrtiefe. Das Mahlen der fernen Schraubengeräusche ist so vernehmlich geworden am Schallapparat, daß es geraten ist, zu tauchen, um nicht vom plötzlich aus dem Dunst aufkommenden Dampfer erpäßt zu werden.

Beide Sehrohre werden ausgefahren. Kommandant und Obersteuermann müssen nach allen Richtungen zugleich beobachten. Es wäre sehr merkwürdig, wenn keinerlei Wachfahrzeuge aus dem Osten dem Riesen entgegenkämen. Trotz aller großen Worte des „Herald“-Reporters.

Kaum verrät das Blitzen der Sonne im Okular, daß der Wasserpiegel durchstoßen ist, als schon der Steuer-mann am zweiten Sehrohr ruft: „Steuerbord im Südwesten, Herr Kapitänleutnant!“

Sofort gibt sein Sehrohr dem Druck an den Handgriffen nach und dreht nach Steuerbord. Nun wächet die Rauchfahne ins Seefeld. Das ist er, der Riese! Das Wissen ist unmittelbar. Noch ein paar Augenblicke, schon tauchen vier große Schote und die Masten aus dem

des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen.

Die Bildung von Ständen- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten.

Die Führer der Partei versprechen, wenn nötig unter Einsatz des eigenen Lebens, für die Durchführung der vorstehenden Punkte rücksichtslos einzutreten.

München, den 24. Februar 1920.

Die fettgedruckten beiden Stellen sind von Hitler selbst durch Sperreindruck herausgehoben worden, als die beiden Entwürfe des Programms. Gemeinnutz vor Eigennutz, das ist die Gesinnung dieses Programms, und Brechung der Zinsknechtschaft ist das Herzstück des Nationalsozialismus.

Über dieses Programm, welches die Generalmitgliederversammlung vom 22. 5. 26. als „unabänderlich“ erklärt hat (wenn auch nicht dem Wort, so doch dem Sinne nach), wäre manches zu sagen, besonders über einzelne Punkte, die undurchführbar erscheinen, wenigstens auf den ersten Blick. Von der Partei sind aber sehr ausführliche Schriften erschienen, bei deren Studium und besonders wenn man sich von den gewohnten, in Fleisch und Blut sitzenden Gedankengängen über unsere bestehenden Verhältnisse (z. B. der Finanzwirtschaft) freigemacht hat, sie allgemein einleuchtend und bei ihrer Anwendung Freiheit erhoffen lassen. (Schluß folgt.)

Aus dem Elsaß.

Aus dem Elsaß ist zu melden, daß die Regierung die Wahl von Risse in den Colmarer Gemeinderat und die von P. Schall in den Straßburger vom Mai letzten Jahres ungültig erklärt hat. Infolgedessen müssen innerhalb zweier Monate Ersatzwahlen stattfinden. Diese Ungültigkeitserklärung wirkt um so befremdlicher, als in letzter Zeit von der Regierung aus im Elsaß ziemlich Mißtraue geherrscht hatte und es schien, als ob die Regierung tatsächlich „Beruhigungsmaßnahmen“ ergreifen oder doch jedenfalls nicht unliebsam durch irgend etwas auffallen wollte. Glaubt die Regierung den Autonomismus durch die hinterhältigen Angriffe Emil Pinks, des früheren Mitarbeiters der „Zukunft“, so geschwächt, daß er in Straßburg und Colmar nicht mehr Wahlerfolge erzielen könnte? Es wird nun wohl bald ein heftiger Wahlkampf beginnen. Der Sieger feiert, ist heute noch nicht zu sagen, da noch keine Partei ihre Stellung bezogen oder einen Kandidaten aufgestellt hat.

Frankreich macht Zugeständnisse.

Tardieu zur Verlangsamung der Flottenbauten bereit. Aber Italien soll auf Parität verzichten.

Der französische Ministerpräsident Tardieu, der am Sonntag in Chequers eine Unterredung mit Briand und Macdonald hatte und am Montag in London mit dem englischen Ministerpräsidenten und dem Führer der amerikanischen Abordnung verhandelte, ist nach Paris zurückgekehrt. Freitag dürfte Tardieu abermals nach London kommen. In der Zwischenzeit verhandelt Briand als Führer der französischen Abordnung.

Das Ergebnis der letzten Verhandlungen in London besteht darin, daß die Flottenkonferenz weitergeht. Frankreich hat sich endlich zu Zugeständnissen bereit erklärt! Und zwar in der Form, daß es unter Aufrechterhaltung der Tonnagegrößen seines Flottenbauprogramms die Ausföhrung der Schiffsbauten verlangsamt. Da man aber in London zufrieden ist, wenn man wenigstens ein Programm für die Jahre bis 1936 aufstellen kann und sich nicht dafür interessiert, was nach 1936 werden wird, bedeuten die französischen Zugeständnisse die Rettung der Konferenz.

Selbstverständlich wollen die Franzosen ihre „Opfer“ nicht umsonst bringen. Sie verlangen vielmehr

fortblosen Dunst, und schattenhaft in der diesigen Luft der Riesenleib des Dampfers.

„Lusitania in Sicht!“ Also doch noch!

Gast körperlich spürt man den Ruch, der durch alle die Herzen geht. Jeder weiß, was das heißt. Unbemerkt beobachtet der Kommandant seine Beute. Wohl geht manchmal der Atem schneller, aber die Bedienung aller Maschinen arbeitet mit gewohnter unveränderlicher Sicherheit und Ruhe. Jedem seiner Leute geht es wie ihm. Kaum daß der Riese da draußen aufkam, hat schon der andere Riese im Innersten gefiegt: „Pflicht, nichts als Pflicht füllt Sinn und Herz.“

Nur einmal noch schwankt das Empfinden zwischen der Härte der Pflicht und dem Fühlen des Herzens im Bewußtsein: fraglich scheint es, ob es gelingen wird, den Riesen zu stellen. Zwar entwickelt er längst nicht seine ganze Schnelligkeit und das Herz möchte fast wünschen, er käte es . . . und erreichte Galley Head . . . da ändert der Riese selbst seinen Kurs und nimmt Richtung Liverpool. Das ist die Entscheidung. Er selbst läuft U 20 schnurstracks fast in die Schußlinie.

Ueberlegt und übungsicher läßt der Kommandant das zweite Sehrohr ganz einfahren und kurbelt das erste soviel herunter, daß es nur noch soeben über Wasser lugt, beim kurzen Wellenschlag so gut wie unsichtbar. Keinen Blick wendet er jetzt vom Gegner. Schon sieht man die Bugwelle aufschäumen . . . schnell verringert sich die Entfernung . . . Der Kommandant wechselt die Linse des Sehrohrs . . . klar steht nun in mehrfacher Vergrößerung das Bild im Seefeld, mit Befriedigung sieht er, daß die Rettungsboote zum Teil wenigstens schon klar in den Davids hängen. Füllt schon die Pflicht ganz sein Denken, so doch auch nur die Pflicht. In den Grund muß der Dampfer mit seiner Ladung, alles Denken des Sinns ist nur auf dieses Pflichtziel eingestellt. Daneben aber läßt sich das Herz nicht wehren, im Bannkreise der Pflicht zu tun, was es kann: Die See ist ruhig, Boote sind genug an Bord, Schwimmwesten tausend mehr als

hollwertige Wegheitsgarantien. Franzosen sich eine größere R. Wie man hört, hin Bindungen laufen, daß die sgen wie 3:2

Genera

Die erste dürfte die Italien sein. forderung, dann Italien für ein Teil-Parität zu meer ebensoviele Frankreich, wä ihm mehr bew meeres zu stati

Einigung a

Abgesehen scheinen in den und Tardieu an der Landherrn Meldung eine ten, daß diese hindernis der den! Jedenfall nun auch M Chamberlains ausgebildeten haben sollte.

Primo d

Beisehung am Ehren.

Die Leid früheren spani am heutigen Grenze anfang nach Madrid i niser Primo großer Mensch gefunden, um Die Beisehung ordnung des Ehren.

Die Nach in Paris rief Primo de R. Auch die erbi erkennen die Vielfalt hört auch vor Woch müssen, so h. gebliebt gehab der Apposition leitenden Posti Ueber da aus Paris n. Primo de

Tagen einen seine volle M vormittag erh sah noch die jedoch nicht s seiner Gewohnh Sohn kurz n. zurück in das General bewu auf seinem W Vater sei w. tigten die Ri der bald dara stellen konnte war. Für de

Menschen; wer kann es stum Schottsystem, t

Nun Gien sen, füllt strähe licher berechn Schuß liegen Steuerbord m ihm . . .

„Mittelschiff“ „Mittelschiff“

In gleichm auf der Damp still . . . er läu

„Nichtung!“

Sofort hor des Bugtorpe

„Steuerbord“

Wenige Se

do klar,“ halt

bel, der den S

Kommandant

des ferkrechte

ein Grad . . .

Jetzt!

Und drückt

Kurz über

del, weiße Bl

pedos faßt an

der trifft sein

Vor den 2

gespannt zum

zusehen folgt

wieder den R

so wild und so

durchs Gien,

saute Reich und
mern zur Durch-
in den einzelnen
stig unter Einfluß
der vorkommenden
Februar 1930.
von Hitler selbst
als die bei-
auf vor Eigen-
des National-
eralmitglied-
berlich" erklärt
dem Sinne nach,
einzelne Punkte,
auf den ersten
tätliche Schrift-
besonders wenn
und Blut liegen-
enden Verhält-
hat, sie alle-
Freiheit er-
Schluß folgt.)
Regierung die
überat und die
Mai letzten Jah-
üssen innerhalb
Diese Unghä-
her, als in leh-
ziemlich Ruhe
Regierung tat-
en oder doch je-
traas ausfallen
omismus durch
des früheren
cht, daß er in
erfolge erzielen
ger Wahlkampf
e noch nicht zu
g bezogen oder
ändnisse.
ebanten bereit.
verzichten.
Tardien, der
ng mit Briand
na in London
und dem Wap-
delte, ist nach
Tardien aber-
wischenzeit ver-
sichigen Abord-
ungen in Lon-
enz weiterge-
niffen bereit
es unter Auf-
sicht der Flotten-
sibanten ver-
zufrieden ist,
für die Jahre
t dafür inter-
bedeuten die
ung der Kon-
ranzosen ihre
angen vielmehr
iesigen Luft der
er durch alle die
st. Unbemerkt
st. Wohl geht
Bedienung aller
änderlicher Si-
cht es wie ihm.
t, hat schon der
icht, nichts als
den zwischen der
Dergens im Be-
ngen wird, den
ngst nicht seine
st fast wünschen,
... da ändert
Nichtung über-
uft 11 20 schnur-
r Kommandant
urbelt das erste
über Wasser
wie unsichtbar.
er. Schon sieht
ll verringert sich
echtfelt die Eins-
acher Berggröße-
igung steht er
itens schon klar
pflicht ganz sein
In den Grund
les Denken des
stellt. Daneben
B a n n e i s
ist ruhig. Boote
ufend mehr als

hollwertige Gegenleistungen. Da neue politische Sicher-
heitsgarantien nicht zu erhalten sind, scheinen die
Franzosen sich damit begnügen zu wollen, daß ihnen
eine größere Kriegsschiff- als Italien gewährt wird.
Wie man hört, ist Macdonald nach dieser Richtung
hin Bindungen eingegangen, die etwa darauf hinaus-
laufen, daß die französische Flotte sich zur italieni-
schen wie 3:2 verhalten soll.

Generaloffensive gegen Italien.

Die erste Folge der Besprechungen mit Tardieu
dürfte die Einleitung einer Generaloffensive gegen
Italien sein. Beharrt Italien auf seiner Paritäts-
forderung, dann war alle Arbeit umsonst. Um nun
Italien für ein Einlenken zu gewinnen, scheint man
Italien damit ködern zu wollen, daß man ihm eine
Teil-Parität zugestehet, d. h. daß Italien im Mittel-
meer ebensoviel Kriegsschiffe unterhalten darf wie
Frankreich, während Frankreich verpflichtet wird, die
ihm mehr bewilligten Schiffe außerhalb des Mittel-
meeres zu stationieren.

Einigung auf Kosten der Landabrüstung?

Abgesehen von der Frage der Flottenabrüstung
scheinen in den Verhandlungen Macdonalds mit Briand
und Tardieu auch Vereinbarungen über die Abrüstung
der Landheere getroffen worden zu sein. Sollte diese
Abrüstung eine Bekämpfung finden, dann ist zu befür-
chten, daß diese Vereinbarungen sich als ein schweres
Hindernis der allgemeinen Abrüstung erweisen wer-
den! Jedenfalls müßte das dann der Fall sein, wenn
man auch Macdonald nach dem schlechten Beispiel
Chamberlains den Franzosen die Nichtbeziehung der
ausgebildeten Reserven in die Abrüstung zugefunden
haben sollte.

Primo de Riveras letzte Fahrt.

Beisehung am Mittwoch. — Unter höchsten militärischen
Ehren. — Trauerfeiern an der Grenze.
— Madrid, 18. März.

Die Leiche des in Paris plötzlich verstorbenen
früheren spanischen Diktators Primo de Rivera wird
am heutigen Dienstag an der französisch-spanischen
Grenze anlangen und von hier in einem Sonderzuge
nach Madrid übergeführt werden. Die ehemaligen Mi-
nister Primo de Riveras haben sich in Begleitung
großer Menschenmengen in dem Grenzort Brun ein-
gefunden, um hier ihren toten Führer zu erwarten.
Die Beisehung erfolgt am Mittwoch und — auf An-
ordnung des Königs — unter höchsten militärischen
Ehren.

Die Nachricht von dem Tode des Generals fern
in Paris rief in Madrid bei Freunden und Gegnern
Primo de Riveras Bestürzung und Mitleid hervor.
Auch die erbittertesten Gegner des früheren Diktators
erlennen die Tragik im Leben dieses Kämpfers an.
Vielfach hört man die Ansicht, wenn Primo de Rivera
auch vor Wochen die Macht habe aus der Hand geben
müssen, so hätte er doch seine Rolle noch nicht aus-
gespielt gehabt, habe man ihn doch als den Führer
der Opposition und den Anwärter auf einen neuen
leitenden Posten betrachtet.

Neben dem Sterben Primo de Riveras werden
aus Paris noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Primo de Rivera schien, nachdem er in den letzten
Tagen einen Grippeanfall überwunden hatte, wieder
seine volle Mäßigkeit erlangt zu haben. Am Sonntag-
vormittag erhob er sich zur gewohnten Stunde und
sah noch die eingelaufene Post durch. Er schien sich
jedoch nicht ganz wohl zu fühlen, da er, entgegen
seiner Gewohnheit, nicht die Messe besuchte. Als sein
Sohn kurz nach zehn Uhr vom Kirchenbesuch wieder
zurück in das Zimmer des Vaters trat, fand er den
General bewußtlos ausgestreckt mit geschlossenen Augen
auf seinem Bett liegend auf. In der Annahme, der
Vater sei von einer Ohnmacht befallen, benachrichtig-
ten die Kinder den Arzt der spanischen Botschaft,
der bald darauf im Hotel eintraf, jedoch nur noch fest-
stellen konnte, daß Primo einem Schlaganfall erlegen
war. Für den Nachmittag hatte Primo, der im Be-

griff stand, zur Rur nach Frankfurt a. M. abzureisen,
noch eine Reihe von Freunden zum Abschied einge-
laden.

Primo de Rivera hat also seinen Sturz kaum
zwei Monate überlebt. Mag es auch noch zu früh
sein, um ein endgültiges Urteil über die siebenjährige
Tätigkeit Primo de Riveras als spanischer Diktator
zu fällen, so ist doch nicht zu bestreiten, daß Primo
de Rivera sich um Spanien sehr verdient gemacht hat.
Er hat die Korruption erfolgreich bekämpft, die Ma-
rokkofaäre liquidiert und manches für die Besserung
der Wirtschaftsverhältnisse getan. Durch seinen Tod
dürfte die Unsicherheit in Spanien noch vergrößert
werden. Die Monarchie sieht sich der Reserve be-
raubt, deren Heranziehung bei einem Uebergewicht
der gegnerischen Kräfte die Rettung des Königtums
bedeuten konnte.

Parteitag der Volksrechtspartei.

Annahme einer Entschließung zur deutschen Außen-
und Innenpolitik.
— Leipzig, 18. März.

Unter dem Vorsitz des Rechtsanwalts Dr. Meißner
hielt die Volksrechtspartei in Leipzig ihren Parteipar-
teitag ab. Der Ehrenvorsitzende der Partei, Graf
von Posadowski-Wehner, bezeugte die So-
zialpolitik als eine notwendige Folge der Umwand-
lung Deutschlands aus einem Agrar- in einen In-
dustriestaat. Oberstudiendirektor Bauer-Magold bezeich-
nete es als falsch, von dem Primat der Außenpolitik
zu sprechen und forderte als dringlichste Aufgabe die
Ordnung der Verhältnisse im Innern. Die Verant-
wortung für den Youngplan habe in erster Linie Reichs-
bankpräsident Dr. Schacht zu tragen; Schacht habe schon
in Paris „Mein“ sagen müssen.

Nach weiteren Ausführungen des Amtsgerichts-
rats Dr. Wallner wurde einstimmig eine Ent-
schließung angenommen, in der es u. a. heißt,
die Volksrechtspartei erkenne den Youngplan nicht als
für sie bindend. Sie wolle das Volk wachrufen und
organisieren im Kampfe zur Beseitigung dieses Planes.
Der Weg einer Diktatur sei für deutsche Verhältnisse
unangenehm. Die Volksüberzeugung und die Volkstim-
mung, die erwachsen müsse aus der gesicherten Er-
kenntnis und der Aufrechterhaltung aller Staatsbürger,
seien die Voraussetzungen des Befreiungskampfes. Die
Hebung eines wesentlichen Teiles der Arbeitnehmer-
schaft in eine kulturtragende Mittelschicht, die den Mit-
telstand verleihe, sei das Ziel der Partei. Die Wie-
derherstellung von Recht und Gerechtigkeit, Treu und
Glauben, seien die sittlichen und wirtschaftlichen Grund-
lagen des Aufbaues, der dem Volk das Land wieder
zur Heimat, Deutschland wieder zum Vaterland mache.

Gandhi soll verhaftet werden.

Wegen Aufforderung zur Gesetzesverletzung. — Der
Marsch zum Meer.
— London, 18. März.

Gandhi hat jetzt in fünf Tagen eine Strecke von
60 Meilen zurückgelegt. In Matara waren einige Pil-
ger zu erschöpfen, um den Marsch fortzusetzen, und
Gandhi gestattete ihnen, ausnahmsweise Automobile zu
benutzen. Auch sonst ist der Marsch an die Küste durch
die sengende indische Sonne überaus erschwert worden.

In den mit den Vorgängen in Indien vertrauten
Kreisen Londons erwartet man stündlich die Verhaf-
tung Gandhis. Die „Notwendigkeit“ der Verhaftung
wird damit begründet, daß in den von Gandhi berühr-
ten Dörfern führende indische Verwaltungsbeamte ihre
Ämter niedergelegt haben. Offenbar wartet England
nur auf einen geeigneten Anlaß oder eine offensun-
dige Gesetzesübertretung, um Gandhi ins Gefängnis
werfen zu können. Die Polizeioffiziere des Bombar-
der Regierungsbezirks haben die Vollmacht von Salzsteuer-
einnehmern erhalten, wodurch sie sofortige Beschlag-
nahmen und Verhaftungen vornehmen können.

Vortrag bei Hindenburg.

Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten über das
Polenabkommen.
— Berlin, 18. März.

Reichspräsident von Hindenburg ließ sich den an-
geforderten Bericht über die Verfassungsmäßigkeit des
vom Reichstag mit knapper Mehrheit angenommenen
deutsch-polnischen Liquidationsabkommens erstatten. An
dem Empfang im Präsidentenpalast nahmen teil:
Reichskanzler Hermann Müller, Reichsjustizminister v.
Güerard, die Staatssekretäre Dr. Joel und Dr. Zwei-
gert und der Leiter der Rechtsabteilung im Aus-
wärtigen Amt, Dr. Gaus. Reichspräsident v. Hin-
denburg beendete die Besprechung mit der Erklärung,
daß er sich seine Entscheidung noch vorbehalten müsse.

Kleinarbeit im Reichstag.

Verabschiedung des Ministerpensionsgesetzes. — Die
Ansiedlung der Landarbeiter.
— Berlin, den 17. März 1930.

Der Reichstag beschäftigte sich in seiner heu-
tigen Sitzung mit einer Reihe kleinerer Vorlagen,
nachdem er zuvor das Ministerpensionsgesetz in dritter
Lesung verabschiedet hatte. Die formelle Schlußab-
stimmung wurde allerdings auf Dienstag vertagt.

Die Bestimmungen über die Ruheentlohnung, die einem
Minister gewährt werden soll, wenn er bei Ausübung seines
Amtes eine Gesundheitschädigung erlitten hat, werden auf
Antrag der Regierungsparteien dahin geändert, daß diese
Ruheentlohnung 20 Prozent der Ministerbezüge betragen soll.
Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann sie bis auf
35 Prozent erhöht werden. Der Reichspräsident entscheidet
auf Vorschlag der Reichsregierung unter Ausschluß des
Rechtsweges endgültig, ob die Voraussetzungen für die Ge-
währung einer Ruheentlohnung vorliegen und inwieweit die Vor-
schrift über die Erhöhung der Ruheentlohnung anzuwenden ist.

Angenommen wurde auch die Entschließung des Aus-
schusses, wonach darauf Bedacht genommen werden soll, daß
zurückgetretene Minister, die aus der Beamtenlaufbahn her-
vorgegangen sind, nach Möglichkeit in für sie geeignete
Reichsbeamtenstellen gebracht werden.

Zur Beratung stand dann der Gesetzentwurf über die
Gewährung von Zins- und Tilgungszuschüssen des Reiches
für die Ansiedlung von Landarbeitern. Der Ausschuß hat
der Vorlage zugestimmt und schlägt in einer Entschließung
vor, die Tilgungsfrist für Darlehen für Landarbeitereigen-
tümer allgemein auf 30 Jahre festzusetzen und den dringend
notwendigen Landarbeiterwohnungsbau nach Möglichkeit zu
fördern.

Abg. Jäger (Soz.) führte aus, vielfach seien die Re-
beller nicht in der Lage, die mit dem Eigenheim über-
nommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Abg. Baur (Komm.)
verwarf die jetzige Form der Landarbeiterföderung.

Abg. Behrens (Christl.-Nat. Arb.-Gem.) beklagte den
Zustand der meisten Werkwohnungen. Abg. Frhr. von
Mithofen (Dnt.) erklärte, wenn jeder Stand in der
Wohnungsfrage seine Pflicht so erfüllt hätte wie die Land-
wirtschaft, so würde es besser in Deutschland aussehen.

Die Vorlage wurde darauf in zweiter und dritter
Lesung angenommen, ebenso eine Entschließung, wonach die
Tilgungsfrist für die Darlehen für Landarbeitereigenen
allgemein auf 30 Jahre festgelegt wird.

Es folgte die erste Lesung des Gesetzentwurfs zum
Ausbau der Angestelltenversicherung, bei dem es sich im
wesentlichen um die Stärkung der Selbstverwaltung und
die Verbesserung der Versicherungsleistungen handelt. Die
Vorlage wurde an den Ausschuß verwiesen.

Das Haus vertagte sich darnach auf Dienstag. Da die
kommunikative Wahrung der Fristen verlangt, kann die
erste Lesung der Finanzvorlagen am Dienstag noch nicht
erfolgen.

Preussischer Landtag.

Fortsetzung der Aussprache über die Reform der
Gewerblich-berufsbildung.
— Berlin, den 17. März 1930.

Zu Beginn der heutigen Landtagssitzung gedachte Prä-
sident Bartsch, während sich die Abgeordneten von dem

Menschen; wenn der Riese nur einen Torpedo schluckt,
kann es stundenlang dauern, bis seinem ausgebauten
Schottsystem, bis er sinkt. Zeit für alle, sich zu retten.

Nun Hien und Herz im Einklang die Sekunden mes-
sen, füllt stählerne Ruhe den Mann der Pflicht. Kühl und
sicher berechnet er den Winkel, in dem das Boot beim
Schuß liegen muß. „Steuerbord zwei!“ „Recht
Steuerbord zwei!“ wiederholt der Mann am Ruder vor
ihm.

„Mittelschiff!“

„Mittelschiff!“ klingt das Echo des Rudergängers. . .
In gleichmäßig schneller Fahrt zieht die „Lusitania“
auf der Dampferstraße. . . Das eigene Boot liegt fast
still. . . er läuft ja einfach in den Schuß hinein, der Briten.

„Achtung!“

Sofort kommt die Wiederholung durchs Sprachrohr
des Bugtorpedoraums. . .

„Steuerbordtorpedo klar!“

Wenige Sekunden verstreichen. . . „Steuerbordtorpe-
do klar.“ hallt's von unten herauf. . . Die Hand am Ge-
bel, der den Schuß von hier oben auslöst, beobachtet der
Kommandant mit scharfem Auge die Seitenverschiebung
des senkrechten Richtungsstriches im Sehfeld. . . Noch
ein Grad. . .

Jetzt!

Und drückt den Hebel nieder.

Kurz über die Wellen springt vor dem Bug ein Stru-
del, weiße Blasen springen hoch, die Maschine des Tor-
pedos schreit an, hart schließt er davon in wirbelndem Lauf;
der trifft sein Ziel, der Torpedo! —

Vor den Augen flimmert's dem Kommandanten, an-
gespannt zum Reizen sind die Sehnerven, aber ohne ab-
zuweichen folgt er dem Lauf des Torpedos und dreht dann
wieder den Riesen ins Sehfeld. . . Herz, was schlägst du
so wild und so laut? . . . Wie Blitze zucken alle Gedanken
durchs Hirn, die im Augenblick der Tat gebannt geblie-

ben. . . Der zweite Torpedo bleibt im Rohr, sie sollen
Zeit haben, sich zu retten. . .

Jetzt haben sie ihn auch drüben bemerkt. Ein Durch-
einander auf der Kommandobrücke. Sekunden später
schon wird die Bugwelle kleiner, die Fahrt gestoppt. . .
Zu spät, schon ist er heran, der Todesstich.

Ein kurzes Aufflammen unter der Brücke! Ersticht
vom Riesengefähr, der sich brodelnd und gischend weil
über die Bordwand hebt. Unmerklich stutzt der Riese,
immer noch in Fahrt.

Schon sind die ersten Rettungsboote am Herunter-
gleiten, befriedigt nicht der Kapitänsleutnant am Periskop:
so hat er's gewollt, sie werden Zeit genug haben, sich
zu retten, und Kinsale ist nicht weit.

Aber plötzlich überzieht fahle Blässe sein Antlitz, die
Hände zittern, daß das Bild schwankt im Sehfeld. . .

Da. . . da drüben! Die „Lusitania“ ist eingeklinkt in
Blitze und grünlischen Qualm. . . bis hoch über Brücke
und Masten steigt eine Explosionswolke riesenhaft auf. . .

Nur das Heck steht frei sichtbar. . . Herrgott! Und neigt
sich mit einem Ruck nach Steuerbord über, aus dem
Qualm lecken die Flammen hervor. Lautlos wie ein Ver-
hängnis vollzieht sich das alles im Bild des Sehrohrs,
bis der dumpfe Donner unter den Wogen her kommt und
in die Ohren brandet.

Der Kommandant greift sich tastend zur Stirn. . .

Jetzt sind sie verloren da drüben. . . das war ihre Mu-
nition. . . und mit weit offenen Augen starrt er ins Glas.
Weiter schreitet das Verhängnis. . . Der Qualm, der
sich über die See legt, gibt allmählich das Brack frei,
wilde Bilder gleiten am Auge vorüber. Wenige Rettungs-
boote nur bleiben brauchbar. Die andern zerbrach die
Explosion der Munitionsladung und an der ganzen Back-
bordseite hängen sie zwecklos, können bei der starken
Schlagseite gegenüber nicht herabgelassen werden. Schräg
liegen die Decks. Ein wilder Kampf tobt um die freien
Boote. Da sinkt eins bemannt zu Wasser!

Die kommen ab. Gott sei Dank! . . . Über das nächste

schon schlägt um vor Ueberlastung. . . und warum so
viele Männer in den andern? Während die Frauen, hilf-
los am schrägen Deck sich klammernd zurückgebrängt
stehen! . . . Wieder senkt sich der Riese mit einem Ruck
in die Schote sieht man schon hinein, so schief liegt
das Schiff. . . Rings treiben die Schwimmer im Wasser
und kommen nicht weg, schon wird der Sog des sinkenden
Dampfers fühlbar.

Unruhig zuckt's dem Kommandanten in den Fäusten:
Zu Hilfe. Doch was willst du mit deiner Ruffschale? Hel-
fen? Bitter pressen sich die Lippen aufeinander. . . Wei-
ßer Dampf quillt aus den Schornsteinen, nun hat das
Wasser die Kessel erreicht. . . jetzt kommt das Ende.

Mit starren Augen wendet sich der Kommandant
ab, gibt seinem ersten Offizier das Kommando des Bootes
und steigt müde und langsam in die Tiefe. Vor seinen Au-
gen spielen die Bilder weiter, wie vom Fieber geschüttelt,
sieht er das Kommende vor sich. . . Tastend öffnet er
das Schott zu seiner Kammer und schlüpft es hinter sich
zu. Und ist allein. Allein mit Gott und dem Riesen in
seiner Brust. . .

„Heim!“

Nordwärts geht die Fahrt. Schweigen lastet im Boot.
Jeder Einzelne hat heraufkommen dürfen und legen, wie
der Riese sank. Und jeder Einzelne trägt nun das Leid
in der Seele. Ernst blicken die Augen. Im Westen sinkt
die Sonne.

Als der Kommandant wieder aus seiner Kammer tritt,
ist sein Schritt fest und seine Augen blinken wie Stahl.

Im Logbuch aber steht:

„3 Uhr 10 Minuten nachmittags reiner Bugschuß auf
700 Meter (S-Torpedo, 3 Meter Tiefeneinstellung) Schnei-
dungswinkel 90 Grad, geschätzte Fahrt 22 Seemeilen.
Schuß trifft Steuerbordseite dicht hinter der Brücke. Es
erfolgt nach der Torpedodetonation eine zweite aufgere-
wöhnlich starke Explosion. „Lusitania“ sinkt in 18 Mi-
nuten. In das Gedränge von sich rettenden Menschen
hätte ich einen zweiten Torpedo nicht schießen können.“

Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr.
Kammann, alle in Bethel. Zuschriften
esfeld. Schleffach 28. Für Geld
nummer 27277. "Himmlische", Theil